

Wissensbilanz: Soll und Haben der österreichischen Universitäten

BLOG

KARL-HEINZ LEITNER

5. März 2013, 10:45

13 POSTINGS



foto: standard/fischer

Soll man die Wissensbilanzen neu gestalten, damit diese nicht im Papierkorb landen?



foto: privat

Karl-Heinz Leitner ist Dozent für Innovationsmanagement an der TU Wien.

Wie die Quantifizierung von Forschung und Lehre reformiert werden könnte

Mit Einführung des Universitätsgesetzes 2002 (UG 2002) wurden österreichische Universitäten verpflichtet, Wissensbilanzen zu erstellen. Die Wissensbilanz steht für eine Entwicklung der Quantifizierung von universitärer Forschung und Lehre. Getragen vom Paradigma des "New Public Management" wurde es vom Gesetzgeber und den am UG involvierten AkteurlInnen als notwendig erachtet, ein Instrument einzuführen, das vergleichbare Kennzahlen erhebt, die für die Steuerung und Finanzierung der Universitäten verwendet werden.

Leistungen und Outputs einer Universität

Damit sollten Informationen sowohl für das Wissenschaftsministerium wie auch für die Universitäten selbst bereitgestellt werden. Die Idee, sich am Berichtswesen der Wissensbilanz zu orientieren, war insofern attraktiv, als dadurch nicht nur die Leistungen und Outputs einer Universität erfasst werden sollten, sondern auch die dafür notwendigen Investitionen in Personen, Prozesse und in Kooperationsbeziehungen, in der Terminologie von Wissensbilanzen als Human-, Struktur- beziehungsweise Beziehungskapital bezeichnet. Diese unterschiedlichen Formen des Kapitals werden im englischen Original unter dem Terminus "Intellectual Capital" zusammengefasst, die Wissensbilanz als "Intellectual Capital Report" bezeichnet.

Die Wissensbilanz selbst hat ihren Ursprung in der Wirtschaft, mit dem Ziel, diejenigen Vermögenswerte und Vorgänge zu erfassen, die im klassischen Berichtswesen nicht erfasst werden; sie nimmt dabei jedoch nicht - wie vielleicht vermutet werden könnte - eine finanzielle Erfassung und Bewertung von Vermögensbeständen vor, sondern arbeitet viel mehr mit unterschiedlichen Kennzahlen. Damit reiht sich das Instrument in die Reihe allerjenigen Verfahren, die eine Quantifizierung und Messung von Forschung und Lehre bezwecken, seien es Methoden des Qualitätsmanagements, der quantitativen Evaluierung, des akademischen Controllings, der Bibliometrie oder des Hochschulrankings.

Zähes Ringen zwischen Ministerium und Uniko

Die Erstellung der ersten Wissensbilanz-Verordnung im Jahr 2006 war das Ergebnis eines zähen Ringens um eine akkordierte Kennzahlenliste zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Universitätenkonferenz. Letztlich kam es zu einer Liste von eher klassischen

Kennzahlen, die jedoch vielfach nach Subkategorien differenziert zu erheben waren und dadurch ihre Vielschichtigkeit erhielten, jedoch wenig wirklich Neues zur Erfassung des intellektuellen Kapitals lieferten. Mit der neuen Verordnung im Jahr 2010 wurde die Anzahl der Kennzahlen stark reduziert, aber auch der Gestaltungsspielraum zur Erstellung der Wissensbilanzen erweitert.

Die Wissensbilanz als Hochschulstatistik

Die "Wissensbilanz" fungiert heute vor allem als hochschulstatistisches Instrument. Zentrale Kenngrößen zur Anzahl des Personals, Anzahl von Berufungen, zur durchschnittlichen Studiendauer, zur Mobilität, zu Drittmiteleinahmen und zur Anzahl der Veröffentlichungen werden von allen öffentlichen österreichischen Universitäten erfasst. Der Erhebungsaufwand wird zurecht beklagt, gleichzeitig verwenden WissenschaftlerInnen, UniversitätsmanagerInnen, RektorInnen, UniversitätsrätlInnen, HochschulpolitikerInnen und andere regelmäßig Wissensbilanz-Kennzahlen für unterschiedlichste Analysen und Präsentationen abseits des eigentlichen Wissensbilanz-Berichts.

Zudem versuchen auf individueller Ebene wohl alle WissenschaftlerInnen ihren CV - eine Art persönliche Wissensbilanz - à jour zu halten, indem alle Publikationen, Konferenzvorträge, Dissertationsbetreuungen, Gutachtertätigkeiten, Projektakquisitionen und dergleichen penibel aufgelistet werden. Auch für Zielvereinbarungen und selbst für die Dotierung von Prämien innerhalb der Universitäten werden Wissensbilanz-Kennzahlen verwendet, vor allem auch, weil es sich trotz Kritik um einigermaßen verlässliche, vergleichbare, nach Wissenschaftsdisziplinen differenzierte und wohl definierte Kennzahlen handelt.

Wissensbilanz und Hochschulfinanzierung

Einige der in der Wissensbilanz erfassten Kennzahlen werden für die Finanzierung der Universitäten genutzt und finden sich sowohl innerhalb der Leistungsvereinbarungen zwischen den Universitäten und dem Ministerium, zum anderen auch im ehemaligen Formelbudget, das mit 1. Jänner 2013 durch die Hochschulraum-Strukturmittel-Verordnung abgelöst wurde. Dabei steht etwa die Anzahl der prüfungsaktiven ordentlichen Studierenden in jüngster Zeit im Brennpunkt der Diskussion. Diese spielt sowohl für die Verteilung der Hochschulraum-Strukturmittel eine wichtige Rolle, als auch für die zukünftig geplante Studienplatzfinanzierung.

Daneben wird gemäß der aktuellen Verordnung zur kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung zukünftig die Höhe der Finanzierung auch partiell auf Basis von Indikatoren erfolgen. Hierbei werden einerseits eingeworbene Drittmittel anvisiert, aber auch angepasste Kennzahlen zur Publikationsleistung bieten sich an. Man muss sich dabei bewusst sein, dass die Verwendung von Kennzahlen zur Steuerung von Universitäten - sei es über (ehemalige) Formelbudgets, Hochschulraum-Strukturmittel oder die zukünftige Studienplatzfinanzierung - im Weiteren Anreize setzt, diese auf individueller und organisatorischer Ebene zu

optimieren. Damit es hier zu keinen Verzerrungen kommt, müssen die Kennzahlen durchaus breit angelegt sein, damit sie unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen widerspiegeln, und dürfen nicht kurzfristig wirken.

Was misst die Wissensbilanz?

Damit wird klar, dass die Wissensbilanz nur so gut ist, wie sie auch imstande ist, die tatsächlichen Ziele, die sich Hochschulpolitik, Universitäten und WissenschaftlerInnen selbst setzen, zu erfassen. Und die Vorstellung darüber variiert naturgemäß zwischen den beteiligten AkteurlInnen und hängt auch vom Wissenschaftszweig ab. Das wird etwa deutlich im Falle der Forschungsleistungen, die im Rahmen der Wissensbilanz auf Basis der Anzahl der Publikationen erfasst werden und an Hand von sieben Kategorien (erstveröffentlichte Beiträge in SCI-, SSCI- und A&HCI-Fachzeitschriften, Erstauflagen von wissenschaftlichen Fach- oder Lehrbüchern etc.) differenziert nach Wissenschaftsdisziplin auszuweisen sind.

Gewiss sagt die alleinige Anzahl der Publikationen noch nichts über die Qualität der Publikationen aus, wie wohl die Anzahl der Veröffentlichungen in indizierten Zeitschriften ein erstes Qualitätskriterium darstellt. Will man die Publikationsleistung auch für die Finanzierung der Forschung von Universitäten heranziehen, wie dies etwa in Dänemark oder Norwegen erfolgt, wären Publikationen in verschiedenen Organen nach deren Qualität zu gewichten oder beispielsweise Zitationen zu berücksichtigen. So wird in Österreich in den neuen Leistungsvereinbarungen von einigen Universitäten die Erhöhung des Impact-Faktors pro WissenschaftlerIn als Zielgröße vereinbart.

Finanzierung und Steuerung von Hochschulen sollte nicht ausschließlich, aber zu einem guten Teil, auf quantitativen und objektivierbaren Kenngrößen beruhen. Es gibt hier kaum Wahlmöglichkeiten, will man nicht zu einer Praxis zurückkehren, die man mit dem UG 2002 zu überwinden suchte. Als echte Alternative für die Zuteilung von Forschungsbudgets von Universitäten gilt das Peer Review Verfahren. Dieses wird jedoch für die Verteilung von Forschungsbudgets für gesamte Universitäten nur von wenigen Ländern praktiziert, wie etwa in Großbritannien, wo rund alle vier Jahre die Research Assessment Exercise (RAE) durchgeführt wird.

SpitzenforscherInnen einkaufen?

Diese wird kontrovers diskutiert und wurde unter anderem dahingehend kritisiert, als dass sie strukturkonservierende Wirkung hätte. Sie führte in der Vergangenheit auch dazu, dass kurz vor Durchführung der Evaluierungen, Universitäten eilig SpitzenforscherInnen und ihre Publikationen "einkauften". Auch im RAE sollen zukünftig verstärkt bibliometrische Daten verwendet werden. Daraus wird klar, dass jegliche Form der Verwendung von Kennzahlen und Kriterien zu erodierendem Verhalten seitens der Evaluierten führen kann. Daraus eine generelle Ablehnung von Kriterien abzuleiten würde zu kurz greifen: eher liegt die Lösung in der Breite der Kriterien und in deren langfristiger Wirkung. Entsprechend sind hier

WissenschaftlerInnen und Universitäten aufgefordert, neue Kenngrößen und Kriterien vorzuschlagen.

Allgemein sehen sich Universitäten einem zunehmenden Druck gegenüber, mehr und schneller zu publizieren, gleichzeitig Drittmiteinnahmen zu erhöhen, und den unmittelbaren Beitrag der Forschung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu demonstrieren. Dies sind schwierige Bedingungen für neugiergetriebene und grundlagenorientierte Forschung, wie sie an Universitäten auch stattfinden sollte. Die Wissensbilanz kann diese Probleme weder lösen, noch hat sie diese mitverursacht, sie reflektiert nur die allgemeinen, zwischen den Akteuren ausgehandelten und in Kennzahlen gegossene Vorstellungen von dem, was Universitäten leisten sollen.

Die Bilanz der Wissensbilanz

Das ursprüngliche Ziel, dass Wissensbilanzen hochschulinterne und hochschulpolitische Diskussionen über die Voraussetzungen von guter Forschung und Lehre fördern - vor allem im Sinne des dafür zu entwickelnden intellektuellen Kapitals, konnte nicht erreicht werden. Häufig beschränken sich die Diskussionen auf die Höhe der eingeworbenen Drittmittel, die Anzahl der Publikationen oder die Anzahl der AbsolventInnen. Was zweifelsohne nachhaltige Wirkung hat, ist der Diskurs über die durch die Wissensbilanz operationalisierten Zielvorstellungen von Forschung und Leistung.

Das Potential der Wissensbilanz und ihrem inhärenten Ziel zu quantifizieren, liegt darin, genau diese Diskussion voranzutreiben: In Anlehnung an die Idee der Wissensbilanzen können hier Universitäten neue und zusätzliche Kennzahlen erheben und nutzen, um noch differenziertere Befunde über die Leistungsfähigkeit von Organisationseinheiten, Fachgebieten und dergleichen zu gewinnen und damit bessere Entscheidungen treffen zu können. (Karl-Heinz Leitner, derStandard.at, 5.3.2013)

Karl-Heinz Leitner ist Wirtschafts- und Innovationsforscher am AIT Austrian Institute of Technology und Dozent für Innovationsmanagement an der Technischen Universität Wien. Er hat nationale und internationale Projekte zu Fragen der Hochschulfinanzierung, -steuerung und -politik durchgeführt und am ersten Grundlageprojekt zur Wissensbilanzierung für Universitäten im Jahr 2001 maßgeblich mitgewirkt. 2011 koordinierte er ein Projekt zur Studienplatzfinanzierung im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .